

Gegen Polizeiterror und rassistische Hetze Solidarität mit den Refugees in Ellwangen und überall

Verstärken wir gemeinsam und in Solidarität mit den Refugees den Kampf gegen die mörderische deutsche Abschiebungs- und Abschottungspolitik!

Am 30. April 2018 verhinderten Refugees in Ellwangen durch solidarisches Handeln eine Abschiebung. Explosionsartig eskalierte quer durch die deutschen Medien und die deutsche Politik die rassistische Hetze gegen die Refugees, die es gewagt hatten, sich dem Abschiebeterror des deutschen Staats entgegenzustellen. Am 3. Mai erfolgte dann in einer Nacht- und Nebel-Aktion ein so noch nie dagewesener Polizei-Großeinsatz gegen Refugees mit Hunderten von Polizisten und Spezialeinheiten gegen die als Verbrecher hingestellten Refugees in Ellwangen. Doch dies nahmen das nicht kampflos hin und gingen an die Öffentlichkeit, um die gegen sie verbreiteten Lügen und Verleumdungen zu entlarven. Am 9. Mai 2018 organisierten die BewohnerInnen der LEA Ellwangen eine Pressekonferenz und eine anschließende Demonstration. Nachfolgend Auszüge aus ihrer Pressemitteilung dazu.

Pressemitteilung der Refugees von Ellwangen vom 7.5.2018 (Auszug)

Viel wurde über uns geredet, jetzt reden wir!

Am Montag den 30. April gegen 2.30 Uhr sollte ein Togoer von der Polizei aus der Landeserstaufnahmeeinrichtung abgeholt werden. Der Protest entstand spontan. Einige Abschiebungen bei dem die Polizei laut und aggressiv vorgegangen ist, haben wir schon erlebt. Unser Protest war bestimmt, aber zu jedem Zeitpunkt friedlich. Vorwürfe, jemand sei gegen die Polizei mit Gewalt vorgegangen sind falsch und haben sich auch nicht bestätigt. Falsch ist auch, dass die Person die man abschieben wollte, bereits im Polizeiauto saß. Der Togoer stand entfernt neben uns in Handschellen. Die Polizei verließ während des Protests die Landeserstaufnahmeeinrichtung und gab einem dort beschäftigten Security-Mitarbeiter die Schlüssel für die Handschellen. Der Togoer war, nachdem die Polizei sich entfernt hatte, noch etwa eineinhalb Stunden in Handschellen, bis die Security ihm die Handschellen abnahm. Das ist die wesentliche Geschichte vom Montag. Der Betroffene ist auch nicht untergetaucht, wie behauptet wurde. Niemand ist bei dem spontanen politischen Protest zu Schaden gekommen.

Am Donnerstag den 3. Mai 2018 kam es in der Nacht zwischen 3 und 4 Uhr zu einem Polizeieinsatz an dem mehrere hundert Polizisten beteiligt waren. Auch ein Polizeihubschrauber war im Einsatz. Ziel waren drei Gebäude, wovon 292 Personen betroffen waren. In den Gebäuden positionierte sich die Polizei vor sämtlichen

Türen und schlug zeitgleich alle Türen ein, obwohl man die Türen in der Einrichtung nicht abschließen kann. Wir waren alle im Bett. Die Polizei leuchtete mit Taschenlampen. Niemand durfte sich anziehen. Alle mussten die Hände in Höhe halten und wurden gefesselt. Die Zimmer wurden durchsucht. Viele wurden bei der Polizeiaktion verletzt. Wer Fragen stellte musste mit Gewalt rechnen. Wir dachten es handelt sich um eine großangelegte Abschiebeaktion. Wie wir später erfuhren, durften die Bewohner*innen der Nachbargebäude ebenfalls die Gebäude nicht verlassen. Die Polizei unterstellte in einer Pressemitteilung wir hätten Waffen und gefährliche Gegenstände. Nichts von dem ist wahr, nichts wurde bei den Durchsuchungen gefunden. (...)

Wer auch immer diesen Polizeieinsatz zu verantworten hat, er war politisch motiviert und inszeniert. Die bundesweite Berichterstattung und Diskussionen über eine nächtliche spontane, friedliche und politische Aktion, zeigt, wie stark dieses Land mit fremdenfeindlichen Ressentiments aufgeladen ist. Viel wurde in den letzten Tagen über uns geredet. Niemand hat uns nach unserer Meinung gefragt. (...)

Wer Kontakt zu Bewohnern in englischer Sprache wünscht, schreibe bitte eine Mail an:
info@aktionbleiberecht.de

Widerstand Mai 31 - Solidarität ist kein Verbrechen

!!! Soli-Erklärung zu Ellwangen !!!

Wir, das Bündnis Widerstand Mai 31 - Solidarität ist kein Verbrechen erklären uns solidarisch mit den „Unruhestiftern“ aus Ellwangen. Diesmal waren es keine SchülerInnen, keine UnterstützerInnen, keine Studierenden wie in Witzzenhausen, Nürnberg oder Regensburg. Nein, die Geflüchteten selbst sind solidarisch, gemeinsam und entschlossen vorgegangen, um eine Abschiebung zu verhindern. Das Bild, das viele Teile der Medien nun in vorauseilendem Gehorsam auf Linie mit der staatlichen Doktrin zeichnen, ist ein anderes: kriminell, Drogen, organisiert, Unruhestifter, rechtsfreie Räume. Die Kriminalisierung von Menschen, die hierher kommen weil sie die Hoffnung auf ein besseres Leben haben, kennt scheinbar keine Grenzen. Ähnliches geschah bereits vor Wochen in Donauwörth als ein Lager von Polizeikräften überfallen wurde, nachdem sich die Geflüchteten erfolgreich gegen eine Abschiebung gewehrt hatten.

Doch die Menschen in Donauwörth und in Ellwangen haben das einzig Richtige getan: sie haben sich füreinander eingesetzt, haben sich zusammen geschlossen und sind für ihre Interessen eingestanden. Anders als in Nürnberg waren leider nicht zig MedienvertreterInnen vor Ort, die den martialischen Einsatz dokumentiert haben. Aber man muss sich doch als denkender Mensch die Frage stellen: warum springen Menschen aus Fenstern? Warum gibt es Verletzte? Warum wird das SEK eingesetzt? Beim ersten Abschiebeversuch hätten die AktivistInnen ein Polizeiauto blockiert. Ja, so war das in Nürnberg auch. In Witzzenhausen auch. Nur, dass Geflüchtete ihre Interessen jetzt selbst in die Hand nehmen und sich selbst organisieren, das passt dem Staat gleich zehnmal nicht. Hat das bayerische Innenministerium in Nürnberg schon an Repression aufgeföhren, was sie bieten konnten, so trifft es unsere FreundInnen in Ellwangen noch viel härter. Abschreckung ist die Devise. Niemand soll hier auf die Idee kommen, den Staat und seine Interessen in Frage zu stellen.

Übertragen wir die Szene auf andere gesellschaftliche Probleme: die Staatsmacht will eine Wohnung räumen. Der Mieter soll raus geworfen werden weil der Eigentümer mehr Profit machen und luxussanieren will. An-

dere Menschen finden das Geschäft mit der Ware Wohnraum aber zum Kotzen, könnten morgen genauso betroffen sein, solidarisieren sich und verhindern mit ihm gemeinsam die Räumung. Was nun? Alles Unruhestifter, Kriminelle, vielleicht hat bei den anschließenden Festnahmen sogar jemand ein wenig Gras dabei, also Drogen?

Wenn Menschen sich für ihre Sache einsetzen - gegen das Interesse des Staates und des Kapitals, müssen sie sich natürlich organisieren, sie stiften notwendigerweise auch Unruhe. Der kapitalistische Staat und seine Machthabenden mögen dies als kriminell ansehen. Wir aber meinen: Kriminell ist das ständige Schaffen von Fluchtursachen durch deutsche Waffenexporte, durch Kriege, durch ökonomische Abhängigkeiten, durch das Zerstören von Lebensgrundlagen im Interesse des deutschen Kapitals. Kriminell ist es, einen Despoten jahrzehntelang zu verhätscheln, wie es Franz Josef Strauß im Togo getan hat. Und ein Seehofer erdreistet sich heute von rechtsfreien Räumen zu sprechen? Frei von wessen Recht? Viele Geflüchtete leben bereits in rechtsfreien Räumen: die Polizei kann quasi ständig ihre Räume durchsuchen, Personenfeststellungen vornehmen, Ämter können ihnen willkürlich das Arbeiten verbieten oder die Ausbildung, sie rechtswidrig abschieben lassen und und und.

Lassen wir uns also nicht einschüchtern, lassen wir uns nicht spalten. Der Propaganda des Staates und seiner Polizei glauben wir so und so nicht. Nicht was die Versuche angeht, in Nürnberg die Geschichte des 31. Mai zu verkehren, noch von Witzzenhausen, von Donauwörth oder von Ellwangen. Wir haben Polizeigewalt gesehen und erlebt und wir wissen, wie aus Betroffenen TäterInnen gemacht werden sollen! Nicht mit uns! Wir sind alle UnruhestifterInnen – und bleiben es auch solange wir nicht gemeinsam eine Welt geschaffen haben, in der keiner fliehen muss und nicht der Profit im Zentrum alles Denkens und Handelns steht, sondern einzig und allein der Mensch und seine Bedürfnisse.

M31, 6.5.2018